

2209/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mentil, Haigermoser, Meisinger
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen
betreffend

Einführung des "Luxemburger Modells" als Maßnahme gegen die
Schwarzarbeiter in der Bauwirtschaft

Hochrechnungen nach Umfragen haben ergeben, daß fast 25% aller im Lande durchgeführten Neu- und Umbauten durch "Eigenleistung, Nachbarschaftshilfe oder Pfuscher" entstehen, im Bereich ausschließlich privater Bauprojekte liegt dieser Wert sogar bei knapp 40%.

Als Ursache für die Flucht in die Schattenwirtschaft und die Beschäftigung von Pfuscherpartien wird zumeist die enorme Mehrwertsteuerbelastung offiziell vom Handwerker durchgeführter Arbeiten genannt.

Das Pfuscherunwesen als schwerwiegende Folge verfehlter heimischer Steuerpolitik trägt jedoch seinerseits wesentlich zur ohnehin krisenhaften Entwicklung der österreichischen Bauwirtschaft, die im heurigen Jahr voraussichtlich weitere 5.000 Arbeitsplätze verlieren wird, bei.

Bereits 1996 betrug der - naturgemäß schwer zu schätzende - gesamte Umfang der Schattenwirtschaft in Österreich rund 7% des BIP, was einer Wertschöpfung von rund ATS 160 /" Mrd. entspräche. Dem Staat entgingen allein dadurch jährlich Steuern und Abgaben von ATS30Mrd. bis zu ATS50Mrd.

Im Bereich der Wohnbauinvestitionen ergibt sich folgendes Bild :

Jahr	Nettoinvestition	Mehrwertsteuer	Eigenleistung, Pfuscher
1994	125,0 Mrd.	25,0 Mrd.	28,5 Mrd.
1995	131,8 Mrd.	26,4 Mrd.	30,0 Mrd.
1996	133,2 Mrd.	26,6 Mrd.	30,7 Mrd.
1997	135,8 Mrd.	27,2 Mrd.	31,4 Mrd.
1998	139,0 Mrd.	27,8 Mrd.	32,1 Mrd.

Bereits mehrmals haben daher freiheitliche Abgeordnete Anträge im Nationalrat eingebracht, um die negativen Auswirkungen der gesetzwidrigen Schattenwirtschaft im Wohnbau (unterläuft unser Sozialversicherungssystem, verursacht Kosten für Arbeitslose sowie Lohn- und Einkommensteuerausfälle, gefährdet Handwerksbetriebe und die gesamte Bauwirtschaft, ist aus Sicht des Konsumentenschutzes hinsichtlich Haftung und Gewährleistung problematisch, etc.) durch Umsetzung des sogenannten "Luxemburger Modells" zu vermindern.

Dabei würde all jenen Bauherren, die ihre Arbeiten von Professionisten durchführen ließen, mindestens 50% der bezahlten Mehrwertsteuer rückvergütet.

Nach aktuellen Berechnungen des WIFO (welches von einer 50%igen Erstattung der Mehrwertsteuer ausgeht) könnte durch diese Maßnahme ein Drittel der Pflucharbeiten ‚legalisiert‘ werden, ein beschäftigungspolitischer Effekt von rund 11.000 neuen Arbeitsplätzen sei zu erwarten.

Die Mehrwertsteuerverluste in Höhe von rund ATS 12 Mrd. würden kompensiert durch höhere Sozialversicherungsbeiträge, geringere Kosten für Arbeitslosigkeit, höhere Einnahmen bei Lohn- und Einkommenssteuer sowie ein Ansteigen des BIP um 0,3% .

Die unterfertigten Abgeordneten vertreten die Ansicht, daß die krisengeschüttelte Bauwirtschaft durch Verwirklichung des "Luxemburger Modells" gezielt entlastet werden kann und stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

1. Existieren Untersuchungen bzw. Berechnungen des Finanzministeriums hinsichtlich der zu erwartenden budgetären Auswirkungen der Umsetzung des "Luxemburger Modells"?

Wenn ja, was ist das Ergebnis dieser Untersuchungen bzw. Berechnungen?

2. Ist Ihnen die Berechnung des WIFO bekannt, wonach im Falle der Umsetzung des "Luxemburger Modells" der Endall von Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von etwa ATS 12 Mrd. durch höhere Sozialversicherungsbeiträge und steigende Lohn- und Einkommenssteuereinnahmen sowie ersparte Arbeitslosengelder weitgehend kompensiert würde und zusätzlich eine Steigerung des BIP in Höhe von 0,3% zu erwarten sei? Wenn ja, erwarten Sie als Finanzminister ähnlich positive Effekte des "Luxemburger Modells"?

3. Welche Argumente sprechen nach Ihrer Ansicht dennoch gegen eine Umsetzung des "Luxemburger Modells" in Österreich?

4. Sind Sie bereit, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf zum Umsatzsteuergesetz vorzulegen, welcher sich zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft in der Baubranche am sogenannten "Luxemburger Modell" orientiert und eine mindestens 50%-ige Umsatzsteuerrückvergütung für Arbeitsleistungen von Professionisten für private Bauherren vorsieht?

5. Haben Sie diesbezügliche Gespräche mit den Bundesministerien für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für wirtschaftliche Angelegenheiten geführt, und wenn ja, was war das Ergebnis dieser Gespräche? Welche Auswirkungen auf die Insolvenzstatistik wären von einer Umsetzung des "Luxemburger Modells" zu erwarten? Welche volkswirtschaftlichen Effekte erwartet das Wirtschaftsministerium, welche sozialpolitischen Effekte das Sozialministerium von einer Umsetzung des "Luxemburger Modells"?

6. Welche anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheinen Ihnen allenfalls geeignet, dem Pfluscherunwesen wirkungsvoll zu begegnen? Welche diesbezüglichen Initiativen wollen Sie in den nächsten Jahren setzen?